



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch

Dirr, Pius

München [u.a.], 1925

14. Juli

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

Graf Berchtold, der dem Kaiser in Ischl gestern einen andert-halbstündigen Vortrag gehalten hat, ist abends nach Wien zurück-gekehrt. Mein Gewährsmann glaubt annehmen zu dürfen, dass Seine Majestät sich mit dem Teil der Beschlüsse, die einstimmig gefasst wurden, einverstanden erklärt habe. Bis jetzt ist als einziges Resultat der Reise des Ministers ein von ihm angeordnetes Dementi bekannt geworden, wornach die Meldungen über den Verlauf und die Ergebnisse seiner Audienz beim Kaiser authentischer Grundlage entbehren.

Tucher

Nr. 10

Der Gesandte in Wien an das Ministerium des Äussern

Telegramm

Wien, den 11. Juli 1914; 11²⁰ vorm.Angekommen: 1⁰⁰ nachm.

Bin um strengste Geheimhaltung gestriger politischer Mitteilungen ersucht worden. Kaiser neigt den schärferen Massregeln zu und findet in Berlin Unterstützung.

Tucher

Nr. 11

Der Gesandte in Wien an den König

Bericht 254/XXI

Wien, den 14. Juli 1914

Angekommen 15. 7. 14.

Die Demarche der Österreichisch-Ungarischen Regierung in Belgrad hat sich etwas verzögert; zunächst hat man in Serajewo Aufschlüsse über die Ergebnisse der Untersuchung erholt, dann gilt es, einige Widerstände des Grafen Tisza, der den Weg friedlicher Beilegung offen gehalten wissen will, zu überwinden und sich über den Wortlaut der Note an die serbische Regierung zu einigen. Graf Berchtold möchte der serbischen Regierung solche Bedingungen stellen, die sie nicht annehmen kann, damit das Ergreifen von Gewaltmitteln erfolgen muss. Wenn der Inhalt der Note feststeht, muss sie noch dem Kaiser in Ischl vorgelegt werden — es wird darüber das Ende der Woche herankommen.

Die Kenntnis dieser folgenschweren Vorbereitungen ist nur auf wenige Eingeweihte beschränkt; die grosse Öffentlichkeit ahnt nicht, wie ernst sich die nächste Zukunft gestalten wird, es besteht nur

ein Gefühl der Unsicherheit, das von der Börse durch starke, anhaltende Rückgänge der Kurse markiert wird. Von vielen Seiten hört man die Vermutung aussprechen, dass die Sache mit dem Austausch einiger Noten werde abgetan werden; auch fremde Diplomaten nehmen dies an.

Die Haltung Deutschlands ist die gleiche wie während der ganzen Balkankrise: Österreich-Ungarn hat zu erkennen, was seine Lebensinteressen sind und zu entscheiden, wie und wann es dieselben zu verteidigen hat. Deutschland steht dem Bundesgenossen treu zur Seite und wird alle Konsequenzen aus dem Bündnisse ziehen.

Die Antwort der serbischen Regierung auf die österreichisch-ungarische Note hängt von den Ratschlägen Russlands ab. Es darf mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, dass die serbische Regierung, vorausgesetzt, dass sie noch Herr der Situation ist und nicht die Militärpartei, alle Forderungen Österreich-Ungarns annimmt. Dann würde es sich zeigen müssen, ob der Wille zur Zerstückelung Serbiens, wie er bei der Mehrheit des gemeinsamen Ministerrates besteht, ein unerschütterlicher ist. Man will es aber zu dieser zweiten Entscheidung gar nicht kommen lassen und der Note einen unannehmbaren Inhalt geben, damit man gezwungen sei, nach Zurückweisung derselben sofort die militärische Aktion zu beginnen. Dies soll der Gedankengang des Ministeriums des Äussern sein.

Während man hier fest entschlossen ist, sich zum Verteidigungskampfe gegen die slavische Umklammerung aufzuraffen, lässt die österreichische Regierung die Slaven in ihren deutschfeindlichen Vorstößen überall gewähren. Es ist eine alte Kampfmethod der Slaven, in deutschen Städten oder solchen mit vorherrschend deutscher Bevölkerung allerlei Feste zu veranstalten; die Regierung gestattet diese Feste unter einigen, von den Veranstaltern meistens nicht eingehaltenen Bedingungen und mobilisiert die Schutzmannschaft. Wenn die Deutschen gegen die Eroberungszüge der Slaven protestieren und sich den Eindringlingen entgegenstellen, werden die herausgeforderten Deutschen, die ihren Besitzstand verteidigen, von der Regierung und den Slaven als die Unruhestifter behandelt und gebrandmarkt.

An solchen Vorgängen sind die Sommersonntage von jeher reich, auch die letzten Sonntage haben den Deutschen aufreizende Exzesse in Brünn, Bilitz, Troppau und anderen Orten der Sprachgrenzen gebracht. Der Widerspruch der inneren und äusseren Politik war nie greitbarer.

Auch in Berlin liegen Nachrichten vor, dass die Rebellen in Albanien von Belgrad aus unterstützt werden. Man sieht, wie planmässig Serbien vorgeht und überall tätig ist, wo es gilt, die Pläne Österreich-Ungarns zu durchkreuzen. Der Wille, dieses Wespennest auszubrennen, ist nur zu begreiflich und doch — ich kann mir ein serbisches Polen nicht vorstellen.

Tucher

Der Gesandte in Rom an den König

Bericht 211/XVII

Rom, den 14. Juli 1914

Angekommen 17. 7. 14.

[Mitteilungen über das Befinden des erkrankten Herzogs von Aosta.]

Während meines Aufenthalts in Fiuggi hatte ich Gelegenheit, zu beobachten, wie der Minister des Äussern und der deutsche Botschafter fortgesetzt Erörterungen über die politische Lage, besonders über die albanische Frage pflegten.

Die italienische Regierung geht in dieser Frage noch immer im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen vor, es wird aber dem deutschen Botschafter immer schwerer, Italien an der Seite Österreichs zu halten, weil der Marchese San Giuliano hierin nicht die öffentliche Meinung Italiens für sich hat und ein italienischer Minister des Äussern nicht auf die Dauer eine Politik im Gegensatz zu derselben machen kann. Er scheint auch sich mit den Mächten der Triple-Entente gut stellen zu wollen, wofür ein Anzeichen ist das grosse Entgegenkommen, das Italien Frankreich gegenüber beim Abschluss des Vertrags bezüglich der Regelung der Verhältnisse der italienischen Kolonial-Untertanen in Tunis und der Tunisiern in Libyen gezeigt hat.

Die Meldungen aus Albanien lauten immer dahin, dass die Insurgenten auf der Entfernung des Fürsten bestehen, dass dieser den Posten, auf den ihn Europa gestellt hat, nicht verlassen will, dafür aber von Europa auch Schutz verlangt. Darüber, ob und wie dieser Schutz zu gewähren ist, schweben noch die Verhandlungen.

Die albanische Frage ist noch schwieriger geworden durch die epirotische. Die Epiroten halten sich nicht an die Abmachungen von Corfu, gehorchen nicht ihrem Führer Zographos, der sich gebildet, als ob er sich an diese Abmachungen halte, und werden von Griechenland unterstützt, obwohl dies vom König und der Regierung auf das bestimmteste bestritten wird.

Die schwierigste Frage ist aber das Verhältnis Österreichs zu Serbien, das noch zu ernstest Verwicklungen führen kann.

Auf den 15. Juli ist in Italien der Reserve-Jahrgang von 1891 auf unbestimmte Zeit eingezogen worden; ausgenommen sind nur die Reservisten der Kavallerie und der reitenden Artillerie. Diese Massregel erregt grosses Aufsehen und wird in Verbindung gebracht mit etwaigen äusseren Komplikationen. Die Regierung gibt als Begründung an, dass sie für etwaige Vorfälle im Innern gerüstet sein wolle; die zur Verfügung stehende Truppenzahl müsse vermehrt werden, weil ein grosser Teil der Truppen durch Übungen von den Garnisonen entfernt sei und die noch nicht völlig beendigten administrativen Wahlen die Entsendung von Truppen in viele Wahlbezirke notwendig machen.

[Mitteilungen über innerpolitische Vorgänge in Italien.]

v. d. Tann